

Flucht nach Europa - und die Linke?

Zu allen Zeiten sind Menschen auf der Flucht. Gründe waren immer Krieg und politische Verfolgung, klimatische Veränderungen in den Regionen und damit einhergehende Hungersnöte, Naturkatastrophen. Doch auch geschlechtsspezifische Gründe treiben Menschen in Flucht. Homosexuelle werden in vielen Ländern verfolgt, Frauen fliehen wegen häuslicher Gewalt, Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratungen, Ehrenmorde oder Vergewaltigungen im Rahmen von Bürgerkriegen oder anderen Konflikten.

Im Grundgesetz der BRD ist das Grundrecht auf Asyl verankert, mit der Unterzeichnung der UN-Flüchtlingskonvention wurde sich verpflichtet Flüchtlinge aufzunehmen.

Dieses Grundrecht wird immer weiter eingeschränkt. Mitte 1993 wurde das Recht auf Asyl abgebaut, quasi direkt nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen, den Brandanschlägen von Hoyerswerda, Mölln und Solingen. Damals ging die Mär um, dass das "Boot voll sei", vor allem die NPD und andere rechte Gruppen, aber auch die CSU, die heute "deutsch am Küchentisch" fordert waren dabei. Beschlossen wurde 1993 ein Asylkompromiss von der CDU/CSU und FDP-Regierung mit Unterstützung der SPD.

Heute werde ich zu folgenden Bereichen etwas ausführen:

- Fluchtursachen
- Willkommenskultur und Refugees welcome
- Rassismus
- Was ist zu tun?
- Wie und mit wem durchsetzen?

Fluchtursachen

Heribert Prantl schrieb in der Süddeutschen Zeitung vom 17.8.15:

„...Die Flüchtlingszahlen, die Deutschland im Sommer 2015 beunruhigen sind auch Folge dessen, was der Raubtierkapitalismus und die gewachsene Bereitschaft der Geostrategen, Interessenkonflikte mit Gewalt zu lösen angerichtet haben...“

Richtig ist, dass die Zahl der Geflüchteten in den letzten Jahren gestiegen sind. Weltweit befinden sich 60 Millionen Menschen auf der Flucht.

Dies sind die Zahlen nach der Statistik der UNHCR (Flüchtlingswerk der UN), in der allerdings z.B. Klimaflüchtlinge nicht enthalten sind.

Und richtig ist auch, dass es eine Zunahme der Kriege und Konflikte weltweit gibt, bestimmte Regionen aber besonders mit Krieg regelrecht übersät werden. Dazu gehören die Länder, deren Ressourcen, der von Prantl genannte Raubtierkapitalismus erbeuten will, oder deren Lage bedeutend ist, um an andere Reichtümer zu gelangen.

Der Bürgerkrieg in Syrien, der schon lange nicht mehr nur ein Bürgerkrieg ist, hat in der jüngsten Vergangenheit etwa die Hälfte der Bevölkerung Syriens zur Flucht getrieben. Rund zwei Drittel sind Binnenflüchtlinge, fliehen also innerhalb Syriens. Und fast vier Millionen Menschen fliehen aus ihrem Land, vor allem in die direkten Nachbarländer.

Nur ein relativ kleiner Teil kommt nach Europa und auch nach Deutschland.

Ein wesentlicher **Fluchtgrund ist Krieg**, dies belegen die Zahlen der registrierten Flüchtlinge von Januar bis Oktober 2015 in Deutschland: von den in dieser Zeit 758.473 registrierten Geflüchteten kommen aus

Syrien -> 32,1 %

Albanien -> 8,9 %

Afghanistan -> 8,8, %

Irak -> 7,7, %

Sonstige -> 38,1,% (u.a. Jemen, Eritrea)

Eine besondere Gruppe dieser Geflüchteten sind die unbegleiteten Jugendlichen. Die Zahl der allein reisenden Flüchtlingskinder ist in den vergangenen Monaten angestiegen. Im Jahr 2015 kamen laut einer Aufstellung der Bundesländer fast 60.000 unbegleitete Jugendliche nach Deutschland. Einige unter ihnen sind nicht einmal zehn Jahre alt. Unbegleitete Minderjährige sind gegenüber den erwachsenen Flüchtlingen bessergestellt. Sie erhalten Leistungen durch die Jugendhilfe, zudem sind sie vom Dublin-Abkommen ausgenommen und können vor ihrem 18. Lebensjahr nur unter sehr strikten Bedingungen abgeschoben werden. Die aktuellen Verschärfungen im Asylrecht treffen jedoch auch die Minderjährigen massiv. Blieben sie vorher in der Regel dort, wo sie ankamen, werden auch sie jetzt nach einem Schlüssel auf die Länder verteilt. Weiter will ich im Referat nicht darauf eingehen, aber nennen wollte ich diese Zahlen schon.

Das Flucht so stark zugenommen hat, wurde von vielen Menschen mit Erstaunen festgestellt. Die Politiker*innen gaben sich überrascht, die Medien benutzten zur Beschreibung gar an Naturgewalten erinnernde Begriffe wie Flüchtlingsströme, Flüchtlingsflut u.a.

Doch Flucht ist keine Naturgewalt, die über uns hereinstürzt, sie hat Ursachen, die beeinflussbar sind. Fluchtgründe werden produziert und sie sind bekannt.

Im Juli 2009 hat das Institut für Sicherheitsstudien der Europäischen Union (ISS) die Studie "Perspektiven für die Europäische Verteidigung in 2020" veröffentlicht. Darin heißt es:
„Zum Einen wachsen die Elitestaaten der Welt zunehmend zu einer friedlichen und wohlhabenden Gemeinschaft zusammen, in der sich Zusammenarbeit und Integration als weitaus profitabler erweisen als gewaltsame Konflikte. (...) Drittens treten große politische Divergenzen, die zu gewaltsamen Konflikten führen, nicht mehr so sehr innerhalb dieser Elite auf, als vielmehr in Form von Spannungen zwischen ungleichen sozioökonomischen Klassen der globalen Gesellschaft.“
(S.69) und weiter lesen wir:

"Gegenüber den entfremdeten modernen Staaten muss sie eine harte Machtpolitik verfolgen, die von der Einflussnahme im Clausewitzschen Sinne bis zur direkten militärischen Konfrontation reichen kann (. ...) ... so muss die GSVP in der Lage sein, grenzüberschreitenden Problemen zu begegnen und beispielsweise Maßnahmen zur Eindämmung von Einwanderung und Schmuggel sowie zur Evakuierung von EU-Bürgern aus Krisenregionen zu ergreifen."(S.76)

Dazu wird noch die Aufgabe beschrieben " die Auswirkungen der Umweltkrise auf unsere eigenen Gesellschaften zu bewältigen (...), die von der Bewältigung plötzlicher Flüchtlings- oder Einwanderströme in der EU oder in ihrer Nachbarschaft reichen können." (s.79) um auf Seite 81 deutlich das Ziel zu nennen: "Abschottungseinsätze - *Schutz der Reichen dieser Welt vor den Spannungen und Problemen der Armen.* "

Das passt zu den offiziellen Richtlinien der Bundeswehr von 1992 in der: "*...die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der Zugang zu den strategischen Rohstoffen* " proklamiert wird.

Es ist also nicht nur die Erkenntnis des Journalisten Prantl, dass eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung, Kriege und Umweltzerstörung Migration und massenhafte Flucht hervorbringen.

Die Bertelsmann-Stiftung hat in ihrer Studie zu **TTIP** mit dem Titel „Wem nutzt ein transatlantisches Freihandelsabkommen?“ auch die Auswirkungen auf andere Länder untersucht und erkennt: „...Die großen Verlierer einer Eliminierung der Zölle sind Entwicklungsländer. Diese verlieren durch den verstärkten Wettbewerb auf dem EU- oder US-Markt dramatisch an Marktanteilen. Dies ist vor allem für Länder in Nord- und Westafrika ein Problem.

(...) Insgesamt zeigt sich, was zu befürchten war: Wenn zwischen USA und EU die Zölle fallen, werden die relativen Marktzutrittsbarrieren für Entwicklungsländer im Durchschnitt höher. Es trifft also gerade die ärmeren Länder, und diese teilweise in deutlichem Ausmaß....“

Wenn dies kein Grund zu Flucht ist

Diese Studien sind öffentlich zugänglich, im Vorwort der Studie der ISS steht sogar *"Die deutsche Übersetzung entstand auf Anfrage des Auswärtigen Amtes"*. Doch die Abgeordneten der Regierung spielen uns gegenüber gern die Ahnungslosen.

Ein weiterer Fluchtgrund kommt hinzu: die **ökologischen Veränderungen**.

Die Umweltorganisation Greenpeace geht davon aus, dass in den nächsten 30 Jahren 200 Millionen Menschen aus ihrer Heimat fliehen, wenn die CO₂-Vergiftung der Umwelt und die davon ausgelöste Erderwärmung weiter anhält.

Bereits heute verlassen lt Greenpeace mehr als 20 Millionen Menschen ihre Heimat, wegen der Auswirkungen des Klimawandels. Klimamigrant*innen werden jedoch nicht in der UNHCR-Flüchtlingsstatistik geführt, da sie nicht unter die Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 fallen.

Zudem werden in vielen Ländern die Lebensräume und damit materielle Existenzen vernichtet durch Landgrabbing, Überfischung, Zerstörung der einheimischen Landwirtschaft und Industrie durch die Multis.

Wenn wir uns diese Gründe für Flucht näher ansehen werden wir feststellen: es geht darum die Profite der Konzerne zu halten und erhöhen. Dem Gewinn der Konzerne wird alles untergeordnet. Die Menschen und der Erhalt ihres Lebensraumes spielt dabei keine Rolle.

So gehen die, denen kein erträgliches Leben mehr möglich ist, die in Elend und Armut leben und für sich und ihre Familien keine Perspektive mehr sehen in die Städte, Regionen und Länder, mit denen sie die Hoffnung auf ein besseres Leben verbinden. Sie nicht mehr viel zu verlieren und riskieren eine Menge. Wer meint da, sie mit Paragraphen und Zäunen abhalten zu können?

Willkommenskultur und Refugees welcome

Seit spätestens seit 2013 wird verstärkt von dem Aufbau einer Willkommenskultur in diesem Land geredet. Mit dem Ankommen von immer mehr Geflüchteten seit dem Beginn des Jahres 2015 nahm dies zu. Die Kanzlerin Merkel verkündete von der Parlamentskanzlei "Wir schaffen das!"

Ohne Zweifel hat sie mir ihrer Aufforderung zur Unterstützung der hier ankommenden Flüchtlinge einen Teil beigetragen, dass sich in fast allen Orten des Landes Initiativen gebildet haben.

Gut ist ebenfalls, dass Merkel sich in dieser Frage nicht abbringen lässt von ihrer Haltung.

In ihrer Neujahrsansprache hat sie wieder gesagt "Integration ist eine Chance von morgen". Und sie hat gegen Ausgrenzung gesprochen, darüber, dass wir uns nicht spalten lassen dürfen.

Und doch hat das alles einen Haken.

Merkel hat in dieser Frage weder die gesamte Regierung, noch ihre CDU hinter sich. Und auch Merkel selbst bleibt ihren Reden (leider) nicht treu, steht sich also selbst im Weg.

Nicht nur in der europäischen Politik mischt sie mit, wenn weiter die gigantischen Fluchtabwehrpläne an den Grenzen zur EU vorbereitet und durchgeführt werden. Alle Rettungsprogramme, auch mit den Schiffen der Militärs, täuschen nicht über die wahre Mission hinweg, die da heißt: die Grenzen Europas abzuschotten. (s.o. Institut für Sicherheitsstudien der EU) Immer noch sterben Menschen bei der Flucht, ertrinken im Mittelmeer. Immer noch werden durch Frontex Menschen vor dem Ertrinken gerettet, jedoch nicht nach Europa, sondern in die unsicheren Regionen zurückgebracht, aus denen sie fliehen.

Und in Deutschland wird die Willkommenskultur auch nicht von der Regierung geleistet, sie reden zwar drüber, aber überlassen die Entwicklung des Willkommens den vielen in der Bevölkerung, die sich in Initiativen zusammengeschlossen haben, für menschenwürdige Unterbringung, für Essen, Trinken, Deutschkurse, Sport und Freizeitangebote der Geflüchteten aktiv werden.

Ca. eine Million Menschen sind 2015 gekommen, für 2016 wird eine ähnliche Zahl erwartet, wenn die Prognosen, die aufgestellt werden denn stimmen - doch wie es mit "Vorhersagen" so ist, auch für 2015 gab es andere Zahlen.

Es sind Menschen die zu uns kommen, Menschen mit denen wir gemeinsam nicht nur leben, sondern auch für Veränderungen in diesem Land und in Europa kämpfen können. Dies setzt voraus, dass die Geflüchteten hier wirklich "ankommen" dürfen und nicht um ihr Leben und ihre Sicherheit fürchten, keine Angst vor Abschiebung haben müssen.

Trotz vieler Unterstützer*innen und einer aktiv gelebten Willkommenskultur gibt es vielfach eine Ablehnung, die von bürokratischen Hürden über mangelnde Verantwortung bis hin zu rassistischer Propaganda reicht. Die diskutierten und beschlossenen Lösungen der sogenannten Flüchtlingsgipfel, ob in der EU, im Bund oder auf Länderebene, greifen zu kurz, sind oft schon mit dem Datum des Beschlusses wieder hinfällig und vor allem: sie ändern am System nichts - sie sind Ausweis des Scheiterns und der Realitätsverweigerung. Hinzu kommt, dass das gegenwärtige Asylverfahrensrecht keine menschenrechtlich orientierte Flüchtlingspolitik ist. Die Bundesregierung fordert Willkommenskultur und verschärft das Asylrecht.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein stellt in einer Pressemitteilung vom 7.1.2016 fest:
"Seit Herbst 2015 gilt der Konsens zwischen Bund und Ländern, dass Bleiberechts- und Integrationsförderung für Flüchtlinge nach dem Aschenputtel-Prinzip, einem Programm systematischer ethnisch hergeleiteter Chancenungerechtigkeiten, gestalten solle: Denen mit einer „guten Bleibeperspektive“ – eine vom Bundesinnenministerium dekretierte Liste weist hier ausschließlich die Herkunftsländer Syrien, Irak, Iran und Eritrea aus – werden schnelle Asylverfahren und schon vor der rechtskräftigen Anerkennung zugängliche Integrationsförderangebote gewährt. Diejenigen mit „schlechter Bleibeperspektive“ – womit nicht allein Asylsuchende und diskriminierte ethnische Minderheiten aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern, sondern auch die aus allen sonstigen unwirtlichen Weltenorten gemeint sind – haben verstärkt negative Asylentscheidungen, Verweigerung von Förderung und ggf. Aufenthaltsbeendigung zu gewärtigen. (...) Die Diskrepanz der politischen Ansätze leistet aber denen Vorschub, die schon immer Anhänger einer restriktiven Asylpolitik gewesen sind."

Dieser Widerspruch fällt auch den Unterstützer*innen auf, die aus ihrer Sicht nicht aus politischen, sondern aus humanistischen Gründen helfen. Sie stellen fest: wir helfen und der Staat schiebt ab. Zig-tausende machen auch dadurch die Erfahrung, dass dort wo der Staat versagt oder nicht helfen will, weil er an der Inszenierung des Notstandes arbeitet, sie diese Unterstützung organisieren können – mit den großen Verbänden, aber selbstorganisiert in vielen kleinen Initiativen.

Die Unterstützung der Menschen zeigt erfreulich, dass Rassismus und Ausländerfeindlichkeit nicht so weit verbreitet sind, wie es oft befürchtet. Viele machen in dieser Arbeit erste Erfahrungen im Handeln für und mit anderen, Erfahrungen, die über ihre eigene Wahrnehmung von Interessen hinausgeht, bzw. sie Wissen aus anderem Engagement wie in Schul- und Elternbeiräten oder im Betrieb einsetzen können.

Und doch müssen wir auch feststellen, dass das Auftreten rechter und Nazigruppen zunimmt, deren Gewalt ebenfalls.

Rassismus

Täglich werden Menschen Opfer von Hetze und körperlicher Gewalt auf der Straße, in Betrieben, an Unis und Schulen. Geflüchtete und deren Unterkünfte werden ebenso wie ihre Unterstützer*innen, wie Gewerkschafter*innen, Politiker*innen und viele andere Engagierte eingeschüchtert, beleidigt und angegriffen. Bis Mitte November wurden 2015 über 1600 rechts motivierte Gewaltakte verübt, die mit der Unterbringung von Asylbewerbern zu tun haben. 2012 waren dies noch 62 Fälle.

In Teilen der Bevölkerung sinkt die Hemmschwelle für Hass, Hetze und Gewalt. Neonazis und ihre Gesinnungsgenoss*innen stehen an der Spitze sogenannter Bürgerproteste. Dabei geht es nicht allein um die NPD und bekannte rechte Gruppierungen, sondern auch um die Einflusssphäre der AfD und anderer Rechtspopulisten.

Oft nehmen diese Gruppen die Politik der Regierenden als Einfallstor für ihre rechte rassistische Propaganda.

Denn statt Fluchtursachen zu bekämpfen und auf friedliche Konfliktlösung zu setzen, beschließt die Bundestagsmehrheit eine Verschlechterung des Asylrechts. Dies gefährdet das Recht auf faire Verfahren und bedeutet eine erneute Absenkung sozialer Standards. Zum Beispiel wird der Zugang zu Bildung und ärztlicher Versorgung eingeschränkt. Dieses Vorgehen ist wieder ein Angriff auf unseren Sozialstaat und somit eine Bedrohung für uns alle.

Die Katalogisierung der Geflüchteten in sogenannte sichere oder unsichere Herkunftsländer, die Abschiebep Praxis und -zentren, wie am Rande Bambergs, das offiziell "Ankunfts- und Rückführungseinrichtung" heißt, jedoch auch "Balkancamp" oder "Sonderlager" genannt wird, sowie die Diskussion um Obergrenzen und die Debatte darüber, ob Straftäter nicht ohnehin und schneller abgeschoben werden sollten, leisten rassistischem Denken Vorschub.

Von Politik und Medien wird die Diskussion über Asyl und Zuwanderung allzu oft mit der Terrorismus-Debatte verbunden, wie es z.B. der Anschlag in Paris gezeigt hat.

Die aktuelle Debatte über die Silvesternacht von Köln und Hamburg, inzwischen kommen ja noch mehr Städte ins Spiel, tut ein Übriges. Lasst mich dazu einige Worte sagen.

Sexuelle Gewalt ist nicht hinnehmbar und fordert Konsequenzen. Dies ist eine Forderung von Frauen, seit Jahrzehnten, seit Jahrhunderten. Aber sexuelle Gewalt ist nicht kulturell zuzuordnen, kennt keine Religions- oder Landesgrenzen, wie es jetzt von einigen dargestellt wird.

Conrad Schuhler schreibt auf www.kommunisten.de : *"Es sind aber nicht nur rechte Demagogen, die das Sex-Thema verlogen aufblasen. Unsere eigene Kultur ist weithin frauenfeindlich, frauenschänderisch. Bis 1997 war Vergewaltigung in der Ehe kein Straftatbestand. In einer aktuellen repräsentativen Studie des Familienministeriums geben 58 % der Befragten an, nach ihrem 16. Lebensjahr sexuell belästigt worden zu sein. Die Hauptgefahr droht im eigenen Zuhause – von Eltern, Verwandten, Nachbarn. In der Empörung über die „islamischen Horden“ versichert man sich der Moral, die man selber nicht hat."*

Die sexistischen gewalttätigen Übergriffe werden nun zur Begründung von Abschiebung und Gesetzesänderungen instrumentalisiert. Der CDU - Bundesvorstand erwägt die "Sicherheit" zu aktualisieren. Die Geschwindigkeit, mit der plötzlich diese Konzepte aus der Schublade kommen, kann zur Annahme führen, dass nur auf einen geeigneten Zeitpunkt gewartet wurde. Gehts nach ihnen, soll die Schleierfahndung, d.h. verdachtsunabhängige Personenkontrollen, in allen Bundesländern ausgedehnt werden. Der Einsatz von Videokameras im öffentlichen Raum und auf Bahnhöfen wird erweitert bzw. eingeführt. „Grob ungebührliches und respektloses“ Verhalten gegenüber Polizeikräften wird mit schärferen Ordnungsstrafen belegt. Asylberechtigte und Flüchtlinge sollen von Asylberechtigung und Flüchtlingseigenschaft ausgeschlossen sein, wenn sie eine Straftat begangen haben, auch wenn die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde. Die per Vorratsdatenspeicherung gesammelten Informationen sollen künftig auch von Verfassungsschutzbehörden genutzt werden. Dies ist der Skandal, und auch die Sprache ist selbst

in diesen schwerwiegenden Fragen sehr verräterisch. Wer von "Horden nordafrikanischer oder arabisch aussehender Männer" spricht, wählt Worte, die sonst für das Tierreich benutzt wird. Frauenrechte und die Rechte Geflüchteter dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

In dieser (oder anderer) Form geübte rhetorische Scharfmacherei, der Abbau von Rechten für Geflüchtete oder der sozialer Maßnahmen für alle Bürgerinnen und Bürger schüren Ängste und Aggressionen. Dies steht im Gegensatz zu einer Willkommenskultur. Wenn fremdenfeindliche Stimmungsmache verharmlost oder sogar durch emotionsgeladene Stichworte verstärkt werden, sind die rassistischen Bedrohungen für Flüchtlingsunterkünfte oft der nächste Schritt.

Was ist zu tun?

Wir müssen uns dafür einsetzen, dass **behördliche Strukturen** zur qualifizierten Bearbeitung der Anträge, zur Bewältigung der Aufnahme und zur schnellen Integration müssen ausgebaut werden. Es ist die Forderung nach besserer finanzieller Ausstattung der Flüchtlingshilfe zu stellen, dabei muss deutlich werden, dass dies nicht zulasten anderer gesellschaftlicher Bedürfnisse gehen darf. Dafür müssen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, die auch vorhanden sind, wie viele Großprojekte in Städten, Ländern und Bund zeigen. Die rigide Sparpolitik muss beendet werden. In Bildung, Gesundheit und Wohnen für alle muss investiert werden.

Initiativen treten für eine **solidarische Gesellschaft** aller derjenigen ein, die hier leben und die bei uns Zuflucht suchen. Dabei muss und kann auch deutlich werden: Rassismus hat in Gewerkschaften, in Sport- und anderen Freizeiteinrichtungen, in Institutionen, kurzum in der Gesellschaft, nichts zu suchen.

Die Kommunen verfügten im Oktober 2015 über Aufnahmekapazitäten für etwa 500.000 Flüchtlinge. Dies waren gerade die Hälfte der Plätze, die für die 2015 Gekommenen benötigt werden.

Ab 2016 erhalten die Länder je Flüchtling und Monat einen festen Betrag von 670 Euro monatlich vom Bund. Notwendig wären nach Angaben der Länder etwa 1.000 Euro je Monat und Flüchtling. Zudem ist unklar, in welchem Umfang die Länder das Geld an die Kommunen weiterleiten, weil es dazu keine Verpflichtungen gibt. Damit die Arbeit der Unterstützer*innen nicht ins Leere läuft, müssen diese sich gleichzeitig für eine bessere finanzielle Ausstattung kommunaler Haushalte einsetzen. Hier zeigt sich die Krux, der vor Jahren reduzierten und nun fehlenden Unternehmenssteuern.

Viele Politiker reden von "historischen Herausforderungen", sind aber nicht bereit, mit ausreichenden Finanzmitteln ebenfalls "historisch" zu reagieren. Die vom Bund zugesagten sechs Milliarden Euro bezeichnen die Kommunen schon jetzt als einen Tropfen auf den heißen Stein. Das sind nicht einmal 2% des Bundeshaushalts. Zum Vergleich: Für die deutsche Bankenrettung wurden knapp 400 Milliarden Euro entweder direkt oder als Garantien zu Verfügung gestellt.

Wir wollen ein Asyl- und Flüchtlingsgesetz in Deutschland und in Europa, das den Schutz der Flüchtlinge und ihre Perspektiven in dieser Gesellschaft in den Mittelpunkt aller Regelungen stellt.

Wir müssen viel stärker die Forderung nach **globaler Bewegungsfreiheit** thematisieren. Auch wenn sie realpolitisch unmöglich scheint muss die Debatte darüber geführt werden. Dazu sind die Ursachen von Flucht und Migration, die in dem kapitalistischen System begründet sind, herausarbeiten.

Wir fordern: Bleiberecht für Alle!

Ähnlich wie in den USA und in vielen EU-Staaten bereits geschehen, muss eine Migrationspolitik in Deutschland entwickelt werden, die bereits hier lebenden Menschen zu legalisieren. **Bleiberecht für alle! Kein Mensch ist illegal!**

Perspektivisch wären politische und soziale Bürgerrechte an den Aufenthalt in der EU zu knüpfen.

Es müssen **legale Fluchtwege** geschaffen werden, nur so wird das Massensterben beendet. Europa muss gefahrenfreie Wege für Flüchtlinge eröffnen. Menschen, die zum Beispiel vor dem Terror in Syrien oder dem Irak fliehen, müssen "Asylvisa" erhalten, die dazu berechtigen würden, in die EU einzureisen, um dort einen Asylantrag zu stellen, bzw. ein Bleiberecht zu erhalten. Der aktuelle Vorstoß von Politiker*innen, nach dem nur mit einem Reisepass/Ausweispapier die Einreise nach Europa möglich sein soll, widerspricht dem Grundgedanken von Asyl und ist zudem absurd: wer flieht nimmt das Nötigste zum Überleben mit, dies ist nicht der Ausweis, zudem werden politisch Verfolgte ihren Ausweis u.U. aus Sorge um ihre Sicherheit nicht mitnehmen wollen/können.
Es darf keine Zurückweisungen von Flüchtlingen an den Grenzen geben.

Flüchtlinge sollen ihr **Asylverfahren im Land ihrer Wahl** durchlaufen. Das Prinzip der freien Wahl bewirkt, dass Asylsuchende dort hingehen können, wo sie die Unterstützung ihrer Familien oder Communities erhalten. Die EU-Mitgliedstaaten müssen gegenseitig Statusentscheidungen anerkennen und dann Freizügigkeit gewähren.
Finanzielle Ungleichgewichte zwischen den EU-Staaten können durch Finanztransfers ausgeglichen werden. Es ist sinnvoller Geld zu verschieben als Menschen.

Die in den letzten Jahrzehnten eingeführten **asylpolitischen Verschärfungen müssen zurückgenommen werden**. Das Dublin-III-Regime muss ebenso abgeschafft werden, wie die "sicheren Herkunftsländer", Residenzpflicht, Lager, Abschiebegefängnisse, Arbeitsverbote und das Asylbewerberleistungsgesetz.
Die **Rechte von Illegalisierten** müssen verteidigt werden, ebenso ihr Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und Rechtsschutz gegen Gewalt und Ausbeutung.

Im Kapitalismus sind Migrationsregime immer auch Arbeitskraftregime.
Eine linke Migrationspolitik muss sich direkt gegen eine neoliberale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik richten, für die die Entrechtung qua Ausländerrecht nur ein Mechanismus von vielen ist, um Löhne zu senken und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben! Das heißt auch soziale Rechte für alle ArbeiterInnen auszubauen und durchzusetzen, dass Lohnbestimmungen und Arbeitsstandards eingehalten werden.

Es sollte die Möglichkeit der Arbeitsmigration ohne Asylverfahren eröffnen werden (nicht nur für Superspezialisten mit Green- und Blue-Card)
Dazu muss der Arbeitsmarkt geöffnet und Diskriminierung von ausländischen ArbeiterInnen beendet werden. Die UN-Konvention zum Schutz von ArbeitsmigrantInnen und ihrer Familien vom 18. Dezember 1990 muss endlich unterzeichnet und umgesetzt.
-> Bisher hat noch kein EU-Mitgliedsland diese UN-Konvention unterzeichnet, sondern nur Schwellen- und Entwicklungsländer, also die "Arbeitskraftexporteure"

Krieg ist eine Ursache für Flucht. Wir fordern den sofortigen Stopp von Waffenexporten und das Ende der Auslandseinsätze der Bundeswehr.
Frieden ist jedoch auch mehr als die Abwesenheit von Krieg. Die grenzenlose Ausbeutung durch transnationales Kapital, ist strukturelle Gewaltausübung gegenüber der erdrückenden Mehrheit der Weltbevölkerung. Dies bildet den Hintergrund sowohl der heute geführten Kriege wie des Terrorismus.
Frieden erfordert, einen Weg zur Überwindung der ungerechten und unmenschlichen Strukturen der heutigen durch kapitalistische Ausbeutung strukturierten Weltgesellschaft zu öffnen.
Die imperialistischen Staaten werden nicht aus sich selbst Gewaltverzicht oder weltwirtschaftliche Umorientierung im Interesse der Mehrheit der Menschen vornehmen. Dies müssen wir erkämpfen.

Als erster Schritt ist umgehend ein **Winterabschiebeverbot** durchzusetzen.
Dieses 2013 und 2014 in Schleswig-Holstein und Thüringen praktizierte Verfahren lässt zumindest den humanitären Anspruch als Mindestanforderung zum Umgang mit Geflüchteten erkennen. Der Flüchtlingsrat begründet dies u.a. damit: „Der Erlass vom 02.12.2014 betraf nicht allein

Minderheitenangehörige und schon gar nicht nur den Balkan, sondern Staatsangehörige einer ganzen Reihe von Ländern, "in denen wegen winterlicher Verhältnisse eine Rückkehr in Sicherheit und Würde nicht gewährleistet ist"; als da sind: Afghanistan, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Russische Föderation, Serbien, Türkei, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Pakistan und Ukraine.“

Wie und mit wem durchsetzen?

Was bereits begonnen hat muss fortgeführt werden. Die Unterstützung der Geflüchteten ist inzwischen eine große Bewegung, in der viele unterschiedliche Akteure sich einbringen.

Es gibt verschiedene Orientierungen in Programmen von Organisationen und Gruppen, die sich aktiv einbringen. Flüchtlinge, Unterstützer*innen, NGOs, linke Parteien, soziale Bewegungen, kritische Wissenschaft, Kirchen und Gewerkschaften.

Dabei gibt es unterschiedliche politische oder wirtschaftliche Ansätze. Einige lehnen eine liberalere Migrationspolitik ab und fürchten verschärfte Konkurrenz um Löhne, Arbeitsplätze und Sozialleistungen.

Dabei berufen sie sich oft auf ihre Mitglieder, die aus unterschiedlichen Spektren kommen und die keine homogen inhaltliche politische Linie haben. Teilweise ist ihre Furcht das Resultat rechter Propaganda, bzw. der Angst, ihnen könne Einseitigkeit unterstellt werden. Dagegen muss die Linke erklären, wie restriktive Migrationspolitik die Entrechtung aller ArbeiterInnen vorantreibt. Dabei müssen wir darauf eingehen, dass die Skepsis einen rationalen Kern hat, denn "einheimische" Arbeiter*innen werden durch den ausgrenzenden Charakter der europäischen Wohlfahrtsstaaten real privilegiert. Dies wird bestätigt durch den Versuch nun auch die Sozialleistungen für EU-Bürger zu kürzen.

Durch eine engere Zusammenarbeit und eine Einbindung der o.g. Kräfte könnte es dennoch gelingen deren national-soziale Logik zu durchbrechen. Die Forderung nach gleichen sozialen Rechten für Alle muss dabei im Mittelpunkt stehen.

Die **Abschaffung der Entrechtung Lohnabhängiger mit Migrationshintergrund** würde sicher den Widerstand neoliberaler Akteure provozieren, da sie von der Spaltung der Arbeiterklasse profitieren. Diese Auseinandersetzung muss aber im "normalen" Rahmen des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit ausgetragen werden.

Diese beschriebene linke Migrationspolitik wird von autoritär-kleinbürgerlichen Milieus, konservativen Eliten und Rechtsradikalen erbittert bekämpft werden. Gegen so einen nationalistischen Widerstand muss ein offensiver Diskurs eröffnet werden, der die inhumanen Aussagen ihrer Politik delegitimiert.

Schließlich wird jede linke oder progressive Migrationspolitik in dem Widerspruch gefangen bleiben, dass sie nie human und gerecht sein kann, dass Migrationspolitik in einem kapitalistischen und rassistischen Weltsystem immer gewaltvoll ist und dass sie selbst Teil des Problems ist, das abgeschafft gehört.

<http://www.iss.europa.eu/de/publikationen/detail/article/perspektiven-fuer-die-europaeische-verteidigung-2020/>

<http://www.ag-friedensforschung.de/search.html>
(„Verteidigungspolitische Richtlinien“ der Bundeswehr, 1992)

www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/Projekte/87_Global_Economic_Symposium/STUDIE_Die_Transatlantische_Handels-und_Investitionspartnerschaft_THIP.pdf